



Protokollauszug
zum GEMEINDERAT

am Donnerstag, 14.12.2017, 17:05 Uhr, Kulturzentrum, Großer Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Haushaltsplan 2018 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Änderungsverzeichnis - Stellenplan 2018	Vorl.Nr. 418/17
TOP 1.1	Haushaltsplan 2018 - Anlage	Vorl.Nr. 419/17
TOP 1.2	Haushaltsplan 2018 - Nachlieferung einer versehentlich nicht angedruckten Investitionsmaßnahme	Vorl.Nr. 487/17
TOP 1.3	- Änderungsverzeichnis	Vorl.Nr. 531/17

Beschluss:

1. Die Haushaltssatzung 2018 sowie der Haushaltsplan 2018 und die mittelfristige Finanzplanung 2017 - 2021 werden auf Grundlage des Haushaltsplanentwurfs (Vorlage 419/17) und den beigefügten Änderungsverzeichnissen beschlossen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die noch erforderlichen haushaltsneutralen Veränderungen der Teilhaushalte (z.B. interne Leistungsverrechnungen, Steuerungsumlage, Änderungen Kontenplan) vorzunehmen und in den endgültigen Haushaltsplandruck einzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadtrat Daferner
 - Stadträtin Henning
 - Stadtrat Noz
 - Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** eröffnet die Sitzung. Er bedankt sich bei allen Mitarbeitern für die Erstellung des Haushaltsplans und gibt anschließend das Wort an Herrn Kiedaisch, Fachbereich Finanzen.

Herr **Kiedaisch**, Fachbereich Finanzen, erläutert einfürend den Verlauf der Haushaltsplanberatungen. Er bedankt sich beim Gemeinderat für die konstruktiven Beratungen im Vorfeld. 34 Anträge seien beraten worden. Er stellt die Zahlen/Beträge der Haushaltssatzung vor. Die Vorgaben der Gemeindeordnung seien eingehalten. Der Haushalt sei genehmigungsfähig. Als Fazit stellt er fest, dass der Haushalt 2018 ein sehr guter Haushalt, mit dem besten Planergebnis seit der Umstellung auf die Doppik im Jahr 2014, sei. Der Haushalt sei allerdings auch nicht ohne Risiken. Auf diese sei er im Einzelnen bereits in seiner Haushaltsrede bei der Einbringung des Haushalts eingegangen.

Aus Sicht von Stadtrat **Hermann** befinde man sich in Zeiten boomender Konjunktur. Die Stadt pulsire; es gehe den Menschen gut. Für dies Zeit gelte eigentlich der Spruch „spare in der Zeit, dann hast du in der Not“. Im Jahr 2018 handle man nicht nach diesem Spruch. Für Bauausgaben seien im Entwurf 35,6 Mio. € angesetzt gewesen. Nach den Haushaltsberatungen liege man bei 40,2 Mio. €. Dies seien die höchsten Bauausgaben, die Ludwigsburg je hatte. Er sei gespannt, wie viel tatsächlich abgeflossen sein werde, wenn man in ca. 1,5 Jahren den Jahresabschluss beraten werde. Alles was dann über 25 Mio. € an Bauausgaben liege, wäre dann aus seiner Sicht viel. Künftig müsse man daher realistischer beim Ansatz sein und eine Streckung der Investitionen bzw. eine Entzerrung der Prioritätenliste angehen. In Zukunft gäbe es auch Risiken, nicht nur konjunktureller Art. Es gebe auch Erhöhungen, z.B. beim ÖPNV. Dies sei jedoch auch gewollt. Es gelte zu berücksichtigen, dass die ÖPNV-Mehrkosten, aufgrund verschiedener Maßnahmen, in zwei Jahren bei ca. 2 – 2,5 Mio. € seien.

Insgesamt würden sich Mitglieder der CDU-Fraktion schwer tun, dem Haushaltsplan zuzustimmen. Bei den Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2019 werde man weiteren Schulden von 15 Mio. €, wie im Finanzplan vorgesehen, nicht zustimmen.

Abschließend bedankt sich Stadtrat Hermann bei den Dezernenten, den Fachbereichsleitern und der Kämmerei für die Erstellung des Haushaltsplans 2018.

Stadtrat **Dr. Vierling** führt aus: „Der Haushaltsplan 2018 - so nimmt die Stadt Geld ein und so gibt sie Geld aus - nicht irgendwie, sondern mit Sinn und Ziel und Plan.

Die entscheidende Vorarbeit musste die Verwaltung erbringen mit ihrem Entwurf. Und natürlich prägt der Verwaltungsentwurf den fertigen Haushaltsplan.

Wir Fraktionen haben mit unseren Anträgen politische Akzente gesetzt, aber wir dürfen uns auch zugute halten: Die Verwaltung kennt und berücksichtigt die Prioritäten des Gemeinderats, so dass wir uns auch schon im Verwaltungsentwurf an vielen Stellen politisch wieder finden.

Für die Fraktion der Grünen sage ich: Ja zu Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik. Also unser Ja zu einem wirtschaftlich vernünftigen Ergebnishaushalt: Die laufenden Einnahmen müssen die laufenden Ausgaben decken und darüber hinaus Spielraum für Investitionen schaffen.

Das gelingt uns im laufenden Jahr 2017, das wird uns im Jahr 2018 gelingen und dafür werden wir uns auch für die weitere Zukunft einsetzen. Rücklagenverbrauch und Kreditaufnahmen, die wir jetzt in den Haushaltsplan und in die Finanzplanung schreiben müssen, die sind dabei kein Teufelszeug. Wer glaubt denn ernsthaft, die laufenden Steuereinnahmen könnten ausreichen, um eine gute städtische Infrastruktur für die Zukunft zu sichern?

Unsere Fraktion sagt: Wir stehen zu den überfällige Sanierungen bei KiTas und Schulen, wir stehen zum Erweiterungsbedarf bei KiTas und Schulen, und zur Ertüchtigung des weiteren städtischen Gebäudebestandes. Damit Ludwigsburg auch in Zukunft stark ist in Bildung, Kultur, Sport und guter Verwaltung, braucht es auch gute Gebäude. Investitionen heute führen dazu, dass die Steuerquellen auch in der Zukunft weiter sprudeln. Da darf ein Griff in die Rücklagen und gegebenenfalls in die Kredite kein Tabu sein. Erst heute verlautbart das ifo-Institut für Wirtschaftsforschung: Das deutsche Wirtschaftswachstum wird nächstes Jahr noch deutlich stärker anziehen als bislang erwartet – sehen Sie, das wird auch unsere Kreditsorgen mildern. Die CDU im Gemeinderat hat bei m Thema Kreditaufnahme ein Verwirrspiel aufgeführt.

Neuverschuldung per Beschluss senken – das hört sich gut an. Aber wie können Sie so tun, als wüssten Sie es nicht?: Weniger Neuverschuldung im Haushaltsplan geht nur, wenn Sie Ausgaben streichen und/ oder Steuern- und Gebühreneinnahmen erhöhen.

Wo bleiben denn Ihre Anträge zu Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen? Fehlanzeige.

Nur weiter so, CDU, wenn Sie finanzpolitisch nicht mehr ernst genommen werden wollen! Aber

jetzt zu den Inhalten: Welches politische Programm schaut aus den Zahlen des Haushalts heraus? Bei den Steuern: Eine leistungsfähige Wirtschaft in der Stadt und eine wachsende Einwohnerzahl. Die weiteren Aussichten sind gut; Ludwigsburg ist und bleibt attraktiv: viele Menschen und Unternehmen möchten sich bei uns ansiedeln. Als Hochschulstandort machen wir auch viele junge Leute - die Steuerzahler von morgen - auf die Vorzüge unserer Stadt aufmerksam. Und bei den Ausgaben: Wie gestalten wir die Stadt von morgen? Natürlich nachhaltig, aber was heißt das?

Zum Thema „Nachhaltigkeit in Ludwigsburg“ muss den Bürgerinnen und Bürgern doch mehr einfallen können als der Satz am Ende jeder städtischen E-mail: „Ludwigsburg hat Deutschlands nachhaltigsten Oberbürgermeister mittlerer Größe“.

Wir Grünen sehen zwei Schwerpunkte der Nachhaltigkeit: die sozial integrierte Stadt und die umwelt- und klimafreundliche Stadt.

Sozial integrierte Stadt heißt: Stadt der Teilhabe und der Teilnahme. Wir bekennen uns zur Demokratie vor Ort. Mitsprache in allen Stadtteilen in Stadtteilausschüssen und Stadtteilkonferenzen, Stadtteilentwicklungsprogramme, Stadtteolförderer - jetzt auch mit dem neu erkannten Schwerpunkt Südstadt - da ist jeder Euro gut angelegt. Mit dem Haushalt 2018 machen wir da einen wichtigen weiteren Schritt.

Sozial integrierte Stadt heißt auch: Zusammen wohnen und zusammen leben. Menschen, die schon da sind, solche, die zuziehen, aber auch Geflüchtete, sollen Wohnraum, Nachbarschaft und Arbeitsplatz finden. Wir wollen, dass keine Brennpunkte entstehen und wir wollen allzu großen Flächenverbrauch verhindern. Nachverdichtung heißt damit auch Mut zu einer gewissen Höhe der Gebäude in der Stadt, im Neubau wie in der Bestandsergänzung. Sehen Sie in diesem Zusammenhang unseren Haushaltsantrag zu Baugruppen und Mietshäuser-Syndikaten.

Sozial integrierte Stadt heißt zum Dritten: Politik, die auch den finanziell Schwächeren nutzt. Wir sind ausgesprochen froh, dass 2018 das City-Ticket Wirklichkeit wird, so dass die Nutzung von Bus und Bahn in der Stadt nicht mehr so teuer ist, wir freuen uns außerdem, dass sich Verwaltung und Gemeinderat hinter unseren Antrag gestellt haben, die Vergünstigungen der LudwigsburgCard allen niedrig verdienenden Familien mit Kindern - unabhängig von der Kinderzahl - zukommen zu lassen.

Und bei der umwelt- und klimafreundlichen Stadt - kommen wir da voran mit dem Haushalt 2018? Da heißt die Antwort eher Jein, eine Mischung aus Ja und Nein.

Auf der Habenseite stehen wieder einmal KiTas und Schulen, wo Schadstoff-saniert wird oder beim Neubau das Prinzip Schadstoff-Minimierung gilt. Gut für die Umwelt ist auch, wenn nun das preisvergünstigte City-Ticket viele Ludwigsburger dazu bringt, das Auto stehen zu lassen und wenn wir in den Ausschussberatungen darüber hinaus dem grünen Antrag näher treten, den Samstag zum Bus-Gratis-Tag zu machen.

Die Ludwigsburger Bewerbung zur Landesgartenschau verbuchen wir auch als Chance zur naturnahen Stadtentwicklungspolitik: Eine begrünte Innenstadt-Achse und eine Verwirklichung der Grünen Rings - der Begriff „Prozess-Gartenschau“ bedeutet für uns auch, dass damit das Programm „Mehr Natur in der Stadt“ vorgegeben ist, selbst wenn die Landesgartenschau-Bewerbung nicht erfolgreich sein sollte.

Was sich leider nur zäh bis schleppend entwickelt, ist das Auto-Teilen, das Car-Sharing, in der Stadt; und auch beim Radwegeausbau in der Stadt ist der Fortschritt eine Schnecke. Der Stellenwert des Autos und der Parkplätze in Ludwigsburg ist noch viel zu hoch. Hier setzen wir gewisse Hoffnung in die Arbeit einer Personalverstärkung in der städtischen Verkehrsplanung, die wir mit Erfolg beantragt haben.

Womit das kritische Thema nachhaltige Mobilität in der Stadt erreicht ist. Wir setzen auf die Stadtbahn und auf eine rasche Konkretisierung der Planungen des Landkreises. Dabei erwarten wir aktive Unterstützung von der Stadtverwaltung. Ergänzende Maßnahmen zur Busbeschleunigung sind dann nur zu begrüßen.

Luftreinhaltung und nachhaltige Mobilität sind zwei Seiten derselben Medaille.

Gut, Herr OB, dass am Konferenztisch der Bundeskanzlerin immer ein Platz für Sie frei gehalten wird.

Aber der Gemeinderat wird nicht darum herum kommen, sich schon sehr bald damit zu beschäftigen, wie auch mit eigenem städtischen Geld und mit eigenen Initiativen die erhöhten

Belastungen mit Stickoxiden unter die gesetzlichen Grenzwerte gedrückt werden können. Mit dem derzeitigen Bestand an Dieselmotoren im Straßenverkehr kann das nur gelingen, wenn die Hardware ganz massiv nach- und umgerüstet wird.

Mit dem Ja der Grünen-Fraktion zum städtischen Haushalt 2018 übernehmen wir Mitverantwortung für die Steuerung der Stadt im kommenden Jahr. Vieles läuft gut, so Manches - Hauptstichwort Verkehrswende - wollen wir noch verbessern.“

Stadträtin **Liepins** bedankt sich bei ihren Gemeinderatskolleginnen und -kollegen, dass während der Haushaltsplanberatungen die meisten Anträge mitgetragen wurden. Besonders wichtig für das nächste Jahr sei die Einführung eines Ludwigsburger Bus-Tickets. Auch die Höherstufung und Schaffung der 100%-Stelle der Gleichstellungsbeauftragten sei ein wichtiges Anliegen für die SPD-Fraktion. Sie könne die Kritik der Kolleginnen und Kollegen verstehen, dass bei Rekorderneuerungen keine neuen Kreditaufnahmen nötig sein sollten. Dies sei auch die Position der SPD-Fraktion. Allerdings sei sie davon überzeugt, dass auch im nächsten Jahr keine Kreditaufnahmen nötig sein werden. Die Bauausgaben, wie im Haushalt vorgesehen, werden aus ihrer Sicht in dieser Höhe nicht abfließen. Es seien allerdings von keiner Fraktion geänderte Vorschläge vorgebracht worden. Diese hätten, bei nun geäußerter Kritik, zu gegebener Zeit vorgebracht werden müssen. Die Einwände, es seien zu viele Projekte und Bauvorhaben gleichzeitig vorgesehen, könne sie nachvollziehen; dies sehe sie auch so. Allerdings seien keine Vorschläge zur Entzerrung vorgebracht worden, bzw. es gebe von keinem Gremiumsmitglied Vorschläge welche Projekte zurückgestellt werden sollen.

Die Landesgartenschau könne ein tolles Ereignis für Ludwigsburg werden. Dieser Antrag sei jedoch ebenfalls ein neues, weiteres Projekt, mit zusätzlichen Planungskosten und zusätzlicher Bindung von Kapazitäten im Planungsbereich.

Die Doppelstrategie werde von der Planung und von den Finanzen auch kein einfaches Projekt. Dies sage auch bereits der Name Doppelstrategie: Doppelte Planung und doppelte Finanzen. Dennoch sei die große Mehrheit des Gemeinderates dem Antrag der SPD-Fraktion „Sperrvermerk über eine halbe Million Euro“ nicht gefolgt.

Sie sei gespannt, so Stadträtin Liepins, auf die Vorschläge des Gemeinderates im Nächsten Jahr, auch im Hinblick auf die Kommunalwahlen im übernächsten Jahr. Die Vorschläge könnten nicht immer nur von der Stadtverwaltung kommen.

Der Dank für die Erstellung des Haushaltsplans, dem man ebenfalls zustimmen werde, gehe an Herrn Kiedaisch, den Fachbereich Finanzen und an alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung.

Als in sich schlüssig, nachvollziehbar und sehr gut bezeichnet Stadtrat **Weiss** den vorliegenden Haushaltsplanentwurf. Er dankt für die Fraktion der Freien Wähler der Stadtverwaltung mit dem Kämmerer Herrn Kiedaisch und OBM Spec für die Erstellung des Haushalts. Die vorgesehene Einführung des Ludwigsburger Tickets, sowie die Aufstockung der Stelle einer Beauftragten für Chancengleichheit werde begrüßt. Ebenso die Digitalisierung in den Schulen. Hier würden 50.000 € nicht reichen. Dies würden, entsprechend der gestrigen Informationen im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales ganz andere Beträge sein, was aber notwendig sei.

Erfreulich sei, dass der Antrag für einen externen Controller ebenso positiv aufgenommen worden sei, wie auch der Antrag zur Entzerrung der Investitionen für die Planung der Jahre 2019 – 2022. Man müsse an die Prioritätenliste ran, so Stadtrat Weiss. Es gebe Kür- und Pflichtaufgaben. Man müsse daher ehrlich an die Haushaltsberatungen 2019 ran.

Im Zusammenhang mit ZIEL habe man den Antrag gestellt, auf der Bärenwiese entsprechende Parkplatzangebote zu schaffen. Auch dem Antrag einer Fahrradstraße könne man gerne folgen. Weniger erfreulich sei, dass die Steuermehreinnahmen aufgrund der Novembersteuerschätzung von fast vier Millionen Euro durch Altlasten auf dem Fuchshof „verpuffen“. Als Fazit bleibe festzustellen, dass man im Vergleich zu anderen Kommunen gut dastehe, es aber das Ziel sein müsse, in guten Zeiten Rücklagen zu schaffen und man es vermeiden müsse, Schulden aufzunehmen.

Im Namen der FDP teilt Stadtrat **Eisele** mit: „Ab jetzt werde ich nur noch so viel Geld ausgeben, wie ich einnehme, und wenn ich mir Geld dafür borgen muss“.

So wie dieses Zitat von Mark Twain stellt sich auch unser mittelfristiger Finanzplan 2019-2021 dar. Wir werden in den folgenden Jahren bis zu 38,5 Millionen Euro Kredite aufnehmen (müssen), um unsere ganzen Projekte zu finanzieren. Dabei sind aber noch nicht mal alle im Finanzplan abgebildet.

Im Sammler beispielsweise sind noch die Mehrzweckhalle, die Oststadthalle, die Fuchshofschule und das Bildungszentrum West. Wir gehen davon aus, dass mit der von CDU, FW und uns beantragten und in den HH-Beratungen beschlossenen Stelle des externen Bauinvestitionscontrolling Einsparungen erfolgen können, die uns flexibler machen. Trotzdem werden wir bei unseren Großprojekten längere Haushaltspläne machen müssen wie 4 Jahre. Der Ergebnishaushalt ist erfreulich, er schließt 2018 und auch fortfolgende Jahre mit einem Plus und ist genehmigungsfähig.

Natürlich, und darauf weisen Sie ja unermüdlich hin, Herr Oberbürgermeister, haben wir im Bereich Bildung und Familie Ausgaben, die wir erledigen müssen, bei denen einem aber schwindlig werden kann.

Aber mit Anbauten, Sanierungen und Erweiterungen an Grundschulen haben wir schon viel geleistet, das Goethe-Gymnasium kommt gut voran und auch im Bildungszentrum West wird mit dem Preisgericht der erste Schritt getan.

Wir müssen aber ein Auge darauf haben, dass wir langfristig unsere Abschreibungen und Tilgungsraten erwirtschaften, um die Kreditspirale nicht ins Unendliche zu schrauben.

Die FDP begrüßt und trägt die im HH-Plan eingestellten Mittel für die Bereiche der Kunst und Kultur, des Freizeit- und Leistungssports, für die sozialen und karitativen Einrichtungen und die Vereinsförderung in allen Bereichen mit. Wir danken Herrn Kiedaisch und Herrn Kistler und dem ganzen Team der Kämmerei und stimmen der Beschlussvorlage 531/17 zu.“

Nach den vorangegangenen Stellungnahmen lässt OBM **Spec** über den Beschlussvorschlag abstimmen.

TOP 2

**Wirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebs
Stadtentwässerung Ludwigsburg**

Vorl.Nr. 468/17

Beschluss:

1. Dem beiliegenden Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Ludwigsburg für das Wirtschaftsjahr 2018 wird zugestimmt. Die Abwassergebühren betragen weiterhin 0,20 EUR pro Quadratmeter für Niederschlagswasser und 1,14 EUR pro Kubikmeter für Schmutzwasser.
2. Die Kostenüberdeckung bei der Schmutzwasserbeseitigung aus dem Jahr 2013 wird mit 1.077.462,64 EUR im Jahr 2018 vollständig ausgeglichen.

Bei der Niederschlagswasserbeseitigung ist für 2018 kein Ausgleich von Kostenüberdeckungen mehr erforderlich.

Bei der dezentralen Abwasserbeseitigung erfolgt im Jahr 2018 der vollständige Ausgleich der Jahresergebnisse von 2013 bis 2015 in Höhe von gesamt 293,03 EUR.

Die restlichen Kostenüberdeckungen aus den Jahren 2014 und 2015 in Höhe von gesamt 994.207,38 EUR werden in das Wirtschaftsjahr 2019 eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadtrat Daferner
 - Stadträtin Henning
 - Stadtrat Noz
 - Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Ein Sachvortrag und eine Aussprache werden nicht gewünscht. OBM **Spec** lässt über die Vorlage Beschluss fassen.

TOP 3

**Gebührenrechtliche Ergebnisse 2014-2015,
Abwassergebührenkalkulation 2017**

Vorl.Nr. 469/17

Beschluss:

1. Die **gebührenrechtlichen Ergebnisse für die Jahre 2014 bis 2015** werden wie folgt festgestellt (vgl. Anlage 1):
für 2014: 710.699,68 EUR
für 2015: -850.457,57 EUR
2. Die **Kostenüberdeckung** bei der Schmutzwasserbeseitigung aus dem Jahr 2012 mit 825.065,55 EUR wird in die vorliegende Gebührenkalkulation eingestellt und somit vollständig im Jahr 2017 ausgeglichen.

Bei der Niederschlagswasserbeseitigung erfolgt 2017 der Ausgleich der Kostenüber-/unterdeckungen der Jahre 2011-2015 i.H.v. saldiert 204.778,30 EUR.

Bei der dezentralen Abwasserbeseitigung erfolgt im Jahr 2017 ein Ausgleich von Vorjahresergebnissen i.H.v. 373,01 EUR.

Die restlichen Kostenüberdeckungen aus den Jahren 2013 bis 2015 werden in die Wirtschaftsjahre 2018ff eingestellt (vgl. Anlage 1+2).

3. Der dem Gemeinderat vorgelegten **Gebührenkalkulation 2017** (Anlage 2) wird zugestimmt. Den gebührenfähigen Gesamtkosten der öffentlichen Einrichtungen, welche in die Gebührenkalkulationen eingestellt wurden, wird zugestimmt.

Die **Gebührensätze** gemäß § 40 der Abwassersatzung (AbwS) verändern sich für 2017 nicht.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadtrat Daferner
 - Stadträtin Henning
 - Stadtrat Noz
 - Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Ein Sachvortrag und eine Aussprache werden nicht gewünscht. OBM **Spec** lässt über die Vorlage Beschluss fassen.

TOP 4

Gestaltungsbeirat - Neue Beiratsperiode
- Nachfolge Prof. Markus Allmann
- Wechselregelung
- Budgetanpassung

Vorl.Nr. 463/17

Beschluss:

1. Mit dem Ende der laufenden Beiratsperiode am 31.12.2017 endet die Mitgliedschaft von **Herrn Prof. Markus Allmann** im Gestaltungsbeirat. Zur nächsten Beiratsperiode, beginnend am 01.01. 2018, wird **Sven Fröhlich** als Sachverständiger in den Gestaltungsbeirat berufen. Damit wird ausnahmsweise nur einer der Fachleute ausgewechselt.
2. Die Aufwandsentschädigung für die durch den Gemeinderat berufenen Sachverständigen erfolgt zur neuen Beiratsperiode ab 01.01. 2018 auf Grundlage der im Jahre 2015 veröffentlichten Empfehlung der Architektenkammer Baden-Württemberg „Aufwandsentschädigung für Preisrichter, Sachverständige und Vorprüfer“. Für die beginnende Sitzungsperiode des Gestaltungsbeirats bis einschließlich 2020 werden jährlich 40.000 € für die Geschäftsführung des Gestaltungsbeirats aus dem Teilhaushalt des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadtrat Daferner
 - Stadträtin Henning
 - Stadtrat Noz
 - Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Herr **Kurt**, Fachbereich Stadtplanung und Vermessung, nimmt Bezug auf die Vorlage 463/17 und erläutert die Vorlage. Der Gestaltungsbeirat sei seit 2015 aktiv, habe sich in seinem Handeln verstetigt und bewährt. Der Gestaltungsbeirat habe sich gut etabliert und habe bisher fast 40 Projekte beraten. Dazu gehörten Einzelvorhaben und städtebauliche Projekte. In ausführlicher Form erläutert er die Arbeit und die Ziele des Gestaltungsbeirats.

Anschließend begrüßt Herr Kurt die Vorsitzende des Gestaltungsrats, Fr. Petra Zeese im Zuhörerraum. Weiter begrüßt er Herrn Prof. Markus Allmann, der aus dem Gestaltungsbeirat ausscheide und bei dem er sich für den überzeugenden Einsatz im Gestaltungsbeirat bedanke.

Herr **Prof. Allmann** bedankt sich beim Gremium und erläutert die Arbeit und die Wichtigkeit des Gremiums Gestaltungsbeirat aus seiner Sicht.

OBM **Spec** erwidert den Dank für die gute Arbeit und überreicht Herrn Prof. Allmann als Zeichen des Dankes für seiner Arbeit im Gestaltungsbeirat ein kleines Präsent. Sodann lässt OBM Spec über die Vorlage Beschluss fassen.

TOP 5

**Rückbau der ehemaligen Gärtnereien an der
Fuchshofstraße
- Bau- und Vergabebeschluss**

Vorl.Nr. 476/17

Beschluss:

1. Baubeschluss

Die ehemaligen Gewächshäuser an der Fuchshofstraße, gemäß Anlage 1, werden zurückgebaut.

Die Gesamtkosten in Höhe von 2.995.000,00 € (brutto) werden genehmigt.

2. Vergabebeschluss

Die Fa. SER Sanierung im Erd- und Rückbau GmbH aus Heilbronn erhält den Auftrag zum Abbruch der Gewächshäuser an der Fuchshofstraße.

Die Vergabesumme beträgt:

Angebotssumme	2.661.951,39 €
+ Unvorhergesehenes ca. 12,5 %	<u>333.048,61 €</u>

2.995.000,00 € (brutto)

Bei Kostenüberschreitungen wird das Gremium informiert, wenn die Kosten um mehr als 50.000,-- € überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 30 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadtrat Daferner
 - Stadträtin Henning
 - Stadtrat Noz
 - Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Ein Sachvortrag und eine Aussprache werden nicht gewünscht. OBM **Spec** lässt über die Vorlage Beschluss fassen.

TOP 6

Ausscheiden von Stadtrat Markus Gericke (Bündnis 90/Die Grünen) aus dem Gemeinderat

Vorl.Nr. 529/17

Beschluss:

Dem Antrag von Stadtrat Markus Gericke (Bündnis 90/Die Grünen) auf Ausscheiden aus dem Gemeinderat gemäß § 16 (1) Nr. 3 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) wird mit sofortiger Wirkung zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadtrat Daferner
 - Stadtrat Gericke
 - Stadträtin Henning
 - Stadtrat Noz
 - Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** bedauert das Ausscheiden von Stadtrat Gericke aus dem Gemeinderat der Stadt Ludwigsburg, würdigt seine Verdienste und dankt diesem für seine engagierte und konstruktive Mitarbeit im Gremium. In Anerkennung seines Einsatzes überreicht OBM Spec Herrn Gericke ein Abschiedsgeschenk.

Im Anschluss lässt OBM Spec über die Vorlage 529/17 Beschluss fassen.

Beschluss:

Dem Eintritt von Herrn Ulrich Bauer, Lichtäcker 21, 71634 Ludwigsburg, in den Gemeinderat der Stadt Ludwigsburg stehen keine Hinderungsgründe entgegen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadtrat Daferner
 - Stadtrat Gericke
 - Stadträtin Henning
 - Stadtrat Noz
 - Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Zunächst erfolgt die Abstimmung über die Vorl. Nr. 530/17.

Anschließend verpflichtet OBM **Spec** Herrn Ulrich Bauer auf das durch das Ausscheiden von Herrn Gericke frei gewordene Gemeinderatsmandat.

Er trägt folgende Verpflichtungsformel vor:

„ICH GELOBE TREUE DER VERFASSUNG, GEHORSAM DEN GESETZEN UND GEWISSENHAFTE ERFÜLLUNG MEINER PFLICHTEN. INSBESONDERE GELOBE ICH, DIE RECHTE DER STADT LUDWIGSBURG GEWISSENHAFT ZU WAHREN UND IHR WOHL UND DAS IHRER EINWOHNER UND EINWOHNERINNEN NACH KRÄFTEN ZU FÖRDERN.“

Stadtrat **Bauer** spricht die Verpflichtungsformel nach und gelobt und bekräftigt seine Verpflichtung dem Oberbürgermeister gegenüber durch Handschlag.

Die Verpflichtung wird bestätigt:

Stadtrat Ulrich Bauer _____

Beschluss:

Nach dem Ausscheiden von Stadtrat Markus Gericke und dem Nachrücken von Stadtrat Ulrich Bauer in den Gemeinderat werden auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgende Ausschüsse und sonstige Gremien gemäß §§ 40, 41 und 104 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) neu gebildet bzw. neu besetzt:

1. BESETZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT (BTU)

(gleichzeitig: Umlegungsausschuss und Sanierungsausschuss sowie Betriebsausschuss Stadtentwässerung) (15 Sitze)

	Mitglieder	Stellvertreter (ggf. alle weiteren)
	Fraktionsmitglieder)	
CDU (4)	Reinhold Noz Wilfried Link Thomas Lutz Maik Stefan Braumann	Klaus Herrmann Christian Köhle Elke Kreiser Volker Lutz Claus-Dieter Meyer Gabriele Seyfang Dr. Uschi Traub
GRÜNE (3)	Ulrich Bauer Dr. Christine Knoß Elfriede-Steinwand-Hebenstreit	Armin Haller Sonja Henning Andreas Kasdorf Dr. Michael Vierling Laura Wiedmann

1. BESETZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT (BTU)

SPD (3)	Dieter Juranek Margit Liepins Regina Orzechowski	Eberhard Daferner Annegret Deetz Ulrike Faulhaber Dr. Daniel O'Sullivan Hubertus von Stackelberg
FW (3)	Bernhard Remmele Andreas Rothacker Andreas Seybold	Hermann Dengel Florian Lutz Gabriele Moersch Reinhardt Weiss
LUBU (1)	Elga Burkhardt	
parteilos	Harald Lettrari	

2. BESETZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES (BSS) (15 Sitze)

	Mitglieder	Stellvertreter (ggf. alle weiteren Fraktionsmitglieder)
CDU (4)	Gabriele Seyfang Christian Köhle Claus-Dieter Meyer Dr. Uschi Traub	Maik Stefan Braumann Elke Kreiser Wilfried Link Thomas Lutz Volker Lutz Reinhold Noz Klaus Herrmann
GRÜNE (3)	Armin Haller Andreas Kasdorf Elfriede Steinwand-Hebenstreit	Ulrich Bauer Sonja Henning Dr. Christine Knoß Dr. Michael Vierling Laura Wiedmann
SPD (3)	Eberhard Daferner Ulrike Faulhaber Hubertus von Stackelberg	Annegret Deetz Dieter Juranek Margit Liepins Dr. Daniel O'Sullivan Regina Orzechowski
FW (3)	Hermann Dengel Gabriele Moersch Reinhard Weiss	Florian Lutz Bernhard Remmele Andreas Rothacker Andreas Seybold
FDP (1)	Johann Heer	Jochen Eisele
ÖkoLinX-ARL (1)	Oliver Kube	Claudia Dziubas

3. BESETZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND VERWALTUNG (WKV) (14 Sitze) - zugleich Betriebsausschuss Tourismus & Events Ludwigsburg

	Mitglieder	Stellvertreter (ggf. alle weiteren Fraktionsmitglieder)
CDU (4)	Christian Köhle Elke Kreiser Volker Lutz Klaus Herrmann	Maik Stefan Braumann Gabriele Seyfang Wilfried Link Thomas Lutz Claus-Dieter Meyer Reinhold Noz Dr. Uschi Traub
GRÜNE (3)	Sonja Henning Dr. Michael Vierling Laura Wiedmann	Ulrich Bauer Armin Haller Andreas Kasdorf

		Dr. Christine Knoß Elfriede Steinwand-Hebenstreit
SPD (3)	Annegret Deetz Margit Liepins Dr. Daniel O'Sullivan	Eberhard Daferner Ulrike Faulhaber Dieter Juranek Regina Orzechowski Hubertus von Stackelberg
FW (2)	Florian Lutz Reinhardt Weiss	Hermann Dengel Gabriele Moersch Bernhard Remmele Andreas Rothacker Andreas Seybold
FDP (1)	Jochen Eisele	Johann Heer
ÖkoLinX-ARL (1)	Claudia Dziubas	Oliver Kube

4. HAUSHALTSSTRUKTUR-KOMMISSION

	Mitglieder	Stellvertreter
CDU (2)	Klaus Herrmann Claus-Dieter Meyer	Reinhold Noz Maik Stefan Braumann
GRÜNE (2)	Ulrich Bauer Dr. Michael Vierling	Laura Wiedmann Elfriede Steinwand- Hebenstreit
SPD (2)	Margit Liepins Daniel O'Sullivan	Dieter Juranek Hubertus von Stackelberg
FW (2)	Florian Lutz Reinhardt Weiss	Gabriele Moersch Andreas Rothacker

5. GESTALTUNGSBEIRAT

9 vom Gemeinderat benannte Vertreter:

	Mitglieder
CDU (2 Vertreter)	Reinholz Noz Maik Stefan Braumann
Grüne (2 Vertreter)	Ulrich Bauer Elfriede Steinwand-Hebenstreit
SPD (1 Vertreter)	Dieter Juranek
FW (2 Vertreter)	Gabriele Moersch Bernhard Remmele

FDP (1 Vertreter)

Jochen Eisele

LUBU (1 Vertreter)

Elga Burkhardt

6. BESETZUNG VERKEHRSAUSSCHUSS NACHBARGEMEINDEN (IKARUS)

4 vom Gemeinderat benannte Vertreter:

	Mitglieder	Stellvertreter
CDU (1 Vertreter)	Reinhold Noz	Klaus Herrmann
Grüne (1 Vertreter)	Ulrich Bauer	Dr. Christine Knoß
SPD (1 Vertreter)	Margit Liepins	Dieter Juranek
FW (1 Vertreter)	Hermann Dengel	Bernhard Remmele

7. BEIRAT DER KLOK KOOPERATIONSZENTRUM LOGISTIK e.V.

2 vom Gemeinderat benannte Vertreter:

	Mitglied
CDU (1 Vertreter)	Reinhold Noz
	Stellvertreter
Grüne (0,5 Vertreter)	Ulrich Bauer (2. Hälfte der Wahlperiode)
SPD (0,5 Vertreter)	Dr. Daniel O'Sullivan (1. Hälfte der Wahlperiode)

8. VERTRETER IM AUFSICHTSRAT DER STADTWERKE LUDWIGSBURG-KORNWESTHEIM GmbH

Oberbürgermeister Spec - mit Stimmrecht

(9 Stadträte und 9 Stellvertreter)

	Mitglieder	Stellvertreter
CDU (3)	Thomas Lutz Christian Köhle Wilfried Link	Reinhold Noz Gabriele Seyfang Klaus Herrmann
GRÜNE (2)	Dr. Christine Knoß Andreas Kasdorf	Elfriede Steinwand-Hebenstreit Armin Haller
SPD (2)	Dr. Daniel O'Sullivan Hubertus von Stackelberg	Dieter Juranek Margit Liepins

FW
(2)

Florian Lutz
Reinhardt Weiss

Hermann Dengel
Andreas Rothackerle

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadtrat Daferner
- Stadträtin Henning
- Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Die Stadtverwaltung teilt mit, entgegen der Vorlage 533/17 solle auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Ulrich Bauer Mitglied in der Haushaltsstrukturkommission werden. Frau Laura Wiedmann solle die Stellvertretung übernehmen.

Eine Aussprache wird nicht gewünscht. OBM **Spec** lässt über die durch den Sachvortrag ergänzte Vorlage Beschluss fassen.

Mit einer Präsentation und Bilderimpressionen aus dem Jahr 2017 schließt OBM Spec die letzte öffentliche Gemeinderatssitzung des Jahres.